



**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 21. September 2020**
im Ghibellinensaal des Bürgerzentrums, An der Talaue 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Die Ausschussmitglieder:	Kreisräte/innen:	
	Gomolzig (ab 14:41 Uhr), Jenner-Wanek	(CDU)
	Jud, Knödler	(Freie Wähler)
	Bayer, Bührle	(Grüne)
	Gruber-Seibold	(SPD)
	Maier	(AfD)
Entschuldigte Ausschussmitglieder:	Goll	(FDP-FW)
Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Windmüller, Waizel, Rook, Rall	
Die stv. Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Schneider	
Die beratenden Mitglieder:	Dr. Dagenbach, Dippon (ab 15:00 Uhr) Schanbacher, Keidel	
Die stellvertretenden beratenden Mitglieder:	Züfle	
Entschuldigte Mitglieder:	Lenz, Trautner, Puschina, Dr. Reuter	
Ferner:	Finanzdezernent Schäfer Sozialdezernentin Böhm Kreisjugendamtsleiter Gläss Frau Güttinger, Kreisjugendamt Herr Ockert, Kreisjugendamt	(TOP 1) (TOP 3)
	Weitere Mitarbeiter/innen Presse	
Die Schriftführerin:	Kreisamtsinspektorin Geprägs	

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:13 Uhr



§ 1

Bericht Sozialer Dienst mit den Schwerpunkten

a) Arbeiten mit Prozessen und

b) Kinderschutz

Drucksache 2020/053

Herr Gläss verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und teilt mit, dass der Soziale Dienst das Herzstück des Jugendamtes darstelle. Man wolle dem Gremium heute zwei spannende Bereiche aus dieser Arbeit vorstellen.

Frau Güttinger erklärt, dass das Qualitätshandbuch Standards definiert habe, die die Qualitätssicherung und die Handlungssicherheit ermöglichen. Sie erläutert die Drucksache anhand eines Fallbeispiels sowie einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man diesen Bericht habe vorstellen wollen, um darzulegen, wie viel Arbeit seit der Organisationsuntersuchung in die Entwicklung des Prozesses investiert worden sei. Man müsse stets den Bedarf im Einzelfall betrachten, jedoch auch die Ressourcen angemessen steuern.

Herr Gläss ergänzt, dass die in der Präsentation gezeigten Statistiken einen wichtigen Nutzen für die tägliche Arbeit haben. Man wolle verdeutlichen, dass sich die Arbeit im Sozialen Dienst geändert habe. Neben Personalmehrung haben sich auch die Arbeitsprozesse wie die Risikoeinschätzung bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung verändert und somit auch das Arbeitsaufkommen. Man könne von Glück reden, dass das Gremium zum damaligen Zeitpunkt den zusätzlichen Personalstellen zugestimmt habe. Das deutlich gestiegene Arbeitsaufkommen wäre sonst nicht zu bewältigen gewesen. Die Zahlen legen nahe, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren ändern werde.

Kreisrätin Jenner-Wanek erkundigt sich nach der Vorgehensweise bei Meldungen in Sachen Schweigepflichtsentbindung. Außerdem möchte sie wissen, von wem die Meldungen in der Regel erfolgen und ob für das Jahr 2020 noch eine Steigerung der Zahlen zu befürchten sei. Des Weiteren fragt sie, woher die steigenden Zahlen im Bereich der Inobhutnahme rühren.



Frau Güttinger erklärt, dass die Eltern die Erlaubnis erteilen können, das Jugendamt oder andere Beteiligte wie zum Beispiel den Kindergarten von der Schweigepflicht zu entbinden. Dies allerdings nur für einen bestimmten Zweck und einen begrenzten Zeitraum. Für eine andere Situation oder zu einem späteren Zeitpunkt sei eine neue Entbindung erforderlich. Eine Meldung nach § 8a erlaube es, dass Einrichtungen auch ohne Schweigepflichtsentbindung das Jugendamt informieren dürfen. Der Kreis der meldenden Personen gehe von Nachbarn, die sich von Lärm gestört fühlen über besorgte Großeltern bis hin zu Mitarbeitenden aus Kindergarten, Schule oder aus dem medizinischen Bereich. Es gebe auch unterschiedliche Möglichkeiten für verschiedene Institutionen. Privatpersonen könnten immer eine Meldung durchführen, Institutionen müssten sich an § 8a SGB VIII halten. Sie bestätigt, dass die Zahlen der Inobhutnahmen im März stark zurückgegangen seien und diese nun langsam wieder ansteigen. Jedoch müsse man abwarten was noch komme. Der Anstieg nach dem Lockdown sei auch darauf zurückzuführen, dass wichtige Kooperationspartner ihrer Arbeit wieder geregelt nachkommen.

Herr Gläss ergänzt, dass ein wichtiger Teil der Beschäftigung mit Statistik und Fallzahlenentwicklung wäre, dass sie Fragen aufwerfen, die dann vom Amt geprüft werden und entweder erklärt werden können oder zu inhaltlichen Veränderungen führen.

Zum Beispiel wäre die Zahl der Meldungen, die von den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst erfolgen, im Rems-Murr-Kreis höher als im Bundesdurchschnitt. Das wolle man sich noch genauer anschauen. Die Fallzahlen der Inobhutnahmen steigen zwar in ganz Deutschland an, jedoch nicht so drastisch wie im Kreis. Dies liege aber auch daran, dass seit 2019 die Fälle im Rems-Murr-Kreis statistisch anders erfasst werden, nämlich entsprechen der von Frau Güttinger vorgestellten Prozesse. Es seien beispielsweise inzwischen auch Inobhutnahmen in der Statistik aufgeführt, für die der Kreis kein Entgelt zahlen müsse, da die Kinder zum Beispiel bei der Oma untergebracht seien.

Kreisrat Maier dankt für die Informationen und erkundigt sich nach den Hintergründen für die angestiegenen Zahlen bei der akuten Gefährdung, welche auf Folie 9 dargestellt seien.

Herr Gläss erklärt, dass dies nur prozentuale Zahlen seien und der Anstieg eigentlich eine gute Entwicklung zeige, da dies bedeute, dass man die Fälle richtig anfasse. Eine akute Kindeswohlgefährdung bedeute auch nicht, dass ein Kind zwangsläufig aus der Familie geholt werde. Oft gebe es in solchen Fällen eine Schutzvereinbarung mit den Eltern. Die Unterbringung oder Inobhutnahme eines Kindes stelle nur eine von vielen Möglichkeiten dar.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am Fehler! Verweis werden.



REMS-MURR-KREIS

Seite 4

Öffentlich

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Sozialen Dienstes mit den Schwerpunkten

a) Arbeiten mit Prozessen und

b) Kinderschutz

zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt



§ 2

Bericht Anlaufstelle gegen sexualisierte Gewalt

Drucksache 2020/141

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass das Thema der sexualisierten Gewalt zuletzt immer mehr in die mediale Öffentlichkeit gerückt sei. Man wolle darauf reagieren und dem Gremium über die Arbeit der Anlaufstelle berichten. Es sei richtig, dass viel Arbeit für diesen Bereich von den Mitarbeitenden geleistet werde. Sofern sich herausstelle, dass ein größerer Bedarf vorhanden sei, müsse man nochmal auf das Thema zurückkommen und prüfen, ob nachzusteuern sei. Derzeit sei man jedoch gut aufgestellt.

Herr Gläss erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Gruber-Seibold dankt für den Bericht und die wichtige Arbeit. Sie regt an, die Arbeit noch mehr mit den Vereinen und Verbänden zu verknüpfen, um möglichst viele Kinder schützen zu können. Sie ist besorgt, dass über die Lockdown-Phase so viele Überstunden in diesem Bereich abgebaut werden konnten und fragt sich, ob die Rechte von Kindern und Jugendlichen in dieser Zeit gewährleistet werden konnten.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass während des Lockdowns viele geplante Veranstaltungen nicht stattgefunden hätten und daher Zeit zum Stundenabbau gewesen sei. Während Corona habe man, wie bereits berichtet, andere Wege gefunden, Hilfe anzubieten.

Herr Gläss ergänzt, dass man bereits mit Vereinen wie beispielsweise dem Turnerbund zusammenarbeite. Zudem bestätigt er, dass der Überstundenabbau durch weniger Veranstaltungen erfolgte. Die direkte Beratungsarbeit habe sowohl beim sozialen Dienst als auch in den Beratungsstellen einschließlich der Anlaufstelle durchgehend stattgefunden. Auch den Freien Trägern gebühre hier auch ein großer Dank für Ihre Mithilfe beim Aufrechterhalten der Jugendhilfeangebote.

Kreisrätin Jenner-Wanek erkundigt sich nach der Altersverteilung im Beschuldigtenbereich und möchte wissen, ob es tatsächlich stimme, dass der Großteil zwischen 7 und 13 Jahren alt sei.

Herr Gläss bestätigt das und führt aus, dass es entsprechende Vorfälle auf Schulhöfen oder in



Schwimmbädern gebe. Der hohe Anteil in dieser Personengruppe habe den Vorteil, dass man Verhaltensanpassungen einfacher durchführen könne als vergleichsweise bei älteren Beschuldigten. Man leiste auch in den Schulen Präventionsarbeit.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Anlaufstelle gegen sexualisierte Gewalt zur Kenntnis.

Auszüge

1 Kreisjugendamt



§ 3

Aktueller Sachstand zur Jugendhilfeplanung

Drucksache 2020/142

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass die Verwaltung pünktlich zum Jugendhilfeausschuss den Jahresbericht des Jugendamtes fertiggestellt habe und man auf einzelne Punkte nun noch genauer eingehen wolle.

Herr Ockert erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel dankt für die auszugsweise Darstellung der Arbeit. Er ergänzt, dass sich der Kreis der Leistungsberechtigten im Unterhaltsvorschuss verändert habe, wodurch der Kreis höhere Ausgaben habe. Es werde sich zeigen, wieviel von diesem Mehraufwand an den Kreis zurückfließen werde.

Herr Gläss erklärt, dass der Bericht des Rems-Murr-Kreises sehr vorzeigbar sei und Lust machen solle, sich manche Dinge genauer anzuschauen. Auch das Kreisjugendamt arbeite mit dem Bericht im Alltag als Nachschlagwerk. Dennoch versuche man, die Erstellung mit überschaubarem Aufwand zu bewerkstelligen. Auch habe man die Arbeit an den Projekten darstellen wollen, die in den vergangenen Ausschüssen thematisiert wurden. In manchen Bereichen sei man aufgrund von Corona dem Zeitplan hinterher, man gehe diese jedoch so bald wie möglich an.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den aktuellen Sachstand zur Jugendhilfeplanung zur Kenntnis.

Auszüge

1 Kreisjugendamt



§ 4

Verschiedenes

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Flüchtlingsaufnahme

Landrat Dr. Sigel berichtet von einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in welchem um Prüfung der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria gebeten wurde. Auch von der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion seien entsprechende Beiträge eingegangen. Den Antrag habe er bereits schriftlich beantwortet und möchte das Gremium ebenfalls darüber unterrichten. Er signalisiert, dass man die Menschen die dem Kreis zugewiesen werden, auch menschenwürdig unterbringen wolle, wofür viel Energie und viele Ressourcen investiert würden. Man sei stets den Verpflichtungen nachgekommen und habe diese immer ernst genommen, was nicht überall im Land der Fall gewesen sei. Jedoch könne der Kreis nicht selbstständig über die Aufnahme von Flüchtlingen entscheiden. Die von den Fraktionen geäußerten Wünsche passen nicht zu dem deutschen System, in dem die Verteilung der Flüchtlinge zentral erfolge.

Der Kreis sei grundsätzlich sehr gut aufgestellt, auch dank der Freien Träger, welche die Aufgaben ebenfalls zu bewältigen haben.

Er berichtet weiter über eine offizielle Anfrage des Landes, ob der Rems-Murr-Kreis bereit sei, Flüchtlinge aufzunehmen. Dazu sei der Kreis in der Lage, auch wenn man bereits die Quote übererfülle. Dies sehe er jedoch nicht dramatisch, da die Verteilung immer wieder erfolge und die Übererfüllung angerechnet werde. Auf die Anfrage des Landes werde man auch rückmelden, dass Personen aufgenommen werden können. Diese werden über das normale System zugewiesen und auf die Quote angerechnet. Auf Dauer gesehen erfolge die Verteilung gleichmäßig und alle Kostenfragen können abgeklärt werden. Auch 5 weitere unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) können aufgenommen werden, obwohl der Kreis auch hier bereits die Quote übererfülle. Dies werde ebenfalls an das Land rückgemeldet.

Kreisrätin Jud dankt für die klarstellenden Worte. Sie findet es ein wichtiges Signal an die Kommunen, da derzeit viel Aktionismus vorhanden sei. Es sei deutlich geworden, dass es der falsche Weg ist, wenn jede Kommune jetzt einen eigenen Antrag stelle. Sie ist der Meinung, dass bewährte Wege eingehalten werden sollten. Das Signal, dass Hilfe geleistet werden wolle, sei klar und deutlich angekommen.



Kreisrat Maier dankt für die Klarstellung der Vorgehensweise, welche in seinen Augen die Richtige ist. Das System könne nur funktionieren, wenn es einen klar definierten Prozess gebe. So komme die richtige Hilfe bei den richtigen Menschen an.

Landrat Dr. Sigel betont, dass man die Aufgabe immer ernst genommen habe und dem Land ein verlässlicher Partner sei.

2. Instagram

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass die Verwaltung einen Weg gefunden habe, dem Kreisjugendamt ein Gesicht zu geben.

Herr Gläss erinnert an die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses, in der mitgeteilt wurde, dass man gerne einen Instagram-Account einrichten wolle. Heute könne man mitteilen, dass der Account seit dem 1. September 2020 online sei und man diesen abonnieren könne.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die strenge Haltung bezüglich Datenschutz nicht mehr in die heutige Zeit passe. Man befinde sich zwar eher in einer Grauzone, gebe sich aber größte Mühe alles richtig zu machen. Das Erreichen der jungen Menschen habe eine hohe Priorität. Sofern es klare Verbote geben sollte, werde man diese natürlich berücksichtigen.

Herr Gläss ermuntert das Gremium den Account zu nutzen und gerne auch dafür zu werben. Das Jugendamt freue sich über jedes Abo.

Herr Schneider erkundigt sich ob es Planungen gebe, wie es gelinge den Account und die Inhalte bei den Jugendlichen bekannt zu machen.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Arbeitsgruppe hierfür nun nach und nach hochgefahren werde. Tipps und Ratschläge werden dankend entgegengenommen.

3. 100-jähriges Jubiläum des Kreisjugendamtes



Herr Gläss teilt mit, dass in den Jahren 1918-1921 viele Jugendämter gegründet wurden. Es sei jedoch schwer, das Gründungsjahr des Jugendamtes im Rems-Murr-Kreis zu benennen. Nach eigenen Recherchen und jenen des Landesarchivs könne man jedoch sagen, dass realistisch und plausibel davon ausgegangen werden könne, dass es im heutigen Rems-Murr-Kreis seit 1920 ein Jugendamt gebe. Daher plane man nächstes Jahr eine Veranstaltung, welche vergleichbar mit dem Tag der Kinderrechte im letzten Jahr sei, allerdings angepasst an die dann möglichen Pandemie-Vorgaben. Die Veranstaltungen sollen die bisherigen Strategien ergänzen, niedrigschwellige Zugänge zum Jugendamt bekannt zu machen, dem Amt ein Gesicht zu geben und es als Zentrale für gelingendes Aufwachsen im Rems-Murr-Kreis zu positionieren. Anregungen und Wünsche des Gremiums werden gerne aufgenommen. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter habe für das nächste Jahr eine Öffentlichkeitskampagne „Unterstützung die ankommt“ geplant. Dieser werde man sich mit dem Jubiläum anschließen.

Landrat Dr. Sigel hebt hervor, dass das Jugendamt und das Amt für Soziales Kernaufgaben des Kreises seien. Hier wolle man die Reichweite erhöhen und dafür sorgen, dass die Hilfe ankommt.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs